

## **Egal wer, egal wohin: Stop Deportations!**

Das Jahr 2021 hat mit einigen politischen Missständen begonnen. Diverse Abschiebungen, vor allem bei jungen Personen und Kindern, haben medial großes Entsetzen und großen Widerstand geweckt. Der türkis-grünen Bundesregierung ist das aber zu egal, um tatsächlich etwas zu ändern. Einzelne Regierungsmitglieder drückten ihr "Beileid" und ihre Ablehnung auf Social Media oder auf Kundgebungen aus, aber in den Sitzungssälen, in denen jene politischen Entscheidungen getroffen werden, die diese grausamen Abschiebungen stoppen könnten, tat sich bisher nichts. Diese Doppelmoral muss aufgezeigt und aufgehoben werden.

Seit Januar 2021 haben laut einer Statistik des "Fonds Soziales Wien" der Stadt Wien 2.844 Personen einen Asylbescheid bekommen. Lediglich 28% der Bescheide sind positiv und bekommen subsidären Schutz in Österreich. Die klare Mehrheit der Bescheide, nämlich 59%, sind negativ ausgefallen. Wenn man sich Statistiken zu den vergangenen Jahren anschaut, dann wird dieses Verhältnis über das gesamte Jahr hinweg entweder so bleiben oder sogar noch negativer ausfallen. 2020 wurden 64% der Asylanträgen negativ entschieden, 2019 waren es ebenfalls 63%. Diese Zahlen zeigen eine Unverhältnismäßigkeit zwischen positiven und negativen Bescheiden auf, die kontinuierlich dazu führt, dass Asylsuchende unter katastrophalen Bedingungen weiter leiden müssen.

Abschiebungen sind Ausdruck einer neoliberalen und menschenverachtenden Politik auf österreichischer und europäischer Ebene. Diese Missstände dürfen nicht ignoriert werden, es braucht lauten Widerstand. Asyl muss ein Menschenrecht für ausnahmslos alle Personen sein.

### **Daher möge die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien beschließen**

- Die ÖH Uni Wien kritisiert einerseits, anlässlich der hohen Abschiebungsrate bei österreichischen Asylverfahren, die Zahl dieser und spricht sich im Zuge dessen öffentlichkeitswirksam und in aller Deutlichkeit gegen alle Abschiebungen, egal von wem und egal wohin, aus
- Die ÖH Uni Wien setzt sich öffentlichkeitswirksam und verstärkt für ein Bleiberecht für alle Personen ein. Im Zuge dessen solidarisiert sich die ÖH Uni Wien öffentlichkeitswirksam mit zum Thema passenden Protestbewegungen, politischen Kundgebungen und betroffenen Personen
- Das Referat für Antirassismus und Ausländische Studierende wird beauftragt, im Sommersemester 2021 eine öffentliche Online-Veranstaltung zum Thema mit Expert\_innen (und gegebenenfalls Betroffenen) zu organisieren, die auf allen zur Verfügung stehenden Social Media Kanälen sowie im Newsletter der ÖH Uni Wien beworben wird